

Pressemitteilung der Stadt Oberursel (Taunus), 29. Januar 2014

Bodensanierung in der Eppsteiner Straße

Die Stadt Oberursel (Taunus) saniert im Bereich der Eppsteiner Straße 11–13 in Abstimmung mit dem Regierungspräsidium eine Belastung mit leichtflüchtigen Kohlenwasserstoffen (LHKW), die in den 60er und 70er Jahren durch die damaligen Eigentümer bzw. Nutzer verantwortungslos in das Erdreich eingebracht wurden. Ziel dieser nachhaltigen Bodensanierung ist die Wiederherstellung eines Areals, durch das keine Gefahr für Anwohner oder Bürger ausgeht. Dies gilt auch für die Dauer der Sanierung. Zurzeit läuft, nach Abschluss einer Pilotphase, die eigentliche Sanierung der Bodenbelastung. Wie die Bewertung der Ergebnisse der Pilotphase zeigte, ist das gewählte Verfahren geeignet, die Schadstoffe im Boden durch das Einbringen von Dampf über ein System von Injektions- und Extraktionsbrunnen zu mobilisieren und auszutragen.

In einer Veröffentlichung übt der BUND – Hochtaunus Kritik an der Vorgehensweise. In dem vom BUND verbreiteten Dokument werden eine Fülle von zum Teil sachlich unrichtigen, den Kontext grob verfälschenden Unterstellungen gegenüber Einzelpersonen auf Seiten der Stadt und der beteiligten Institutionen und Unternehmen getätigt. Die Stadt sieht sich deshalb in der Verantwortung sowohl gegenüber den direkt von der Sanierung Betroffenen als auch der allgemeinen Öffentlichkeit, den Sachverhalt richtigzustellen.

Die Komplexität des Sachverhalts macht eine entsprechend ausführliche Erläuterung unumgänglich.

Fachlich sorgfältige Auswahl des Sanierungsverfahrens:

Das formulierte Sanierungsziel bildete das wesentliche Entscheidungskriterium bei der Auswahl des verwendeten Sanierungsverfahrens. Dazu wurde im Jahr 2009 eine Variantenstudie durchgeführt. Im Zuge einer Variantenprüfung hat sich die Stadt in Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde unter wissenschaftlicher Begleitung für die Sanierung mit dem Dampf-Luft-Injektionsverfahren (DLI) entschieden, weil

- Alternativmethoden wie z.B. das „Auskoffern“ großer Bereiche des Sanierungsgebiets bis zu einer Tiefe von 15 Meter sowohl logistisch in der eng bebauten Altstadt als auch in dem möglichen Belastungs- und Gefährdungspotential für die Bevölkerung wesentlich schwieriger zu realisieren gewesen wären;
- das DLI-Verfahren eine dauerhafte Dekontaminierung bei gleichzeitigem Erhalt der Lebensumgebung für die betroffenen Anwohner auch während der laufenden Sanierungsmaßnahme sicherstellt. Gleichzeitig bietet das Verfahren im Gegensatz zur kalten Bodenluftabsaugung den Vorteil eines schnelleren Schadstoffaustrags.

Das DLI-Verfahren wurde bislang nicht in (wie hier vorliegenden) stark tonhaltigen Böden angewendet. Eine Machbarkeitsstudie im Jahr 2010 bestätigte jedoch die grundsätzliche Eignung des Verfahrens auch bei dieser Bodenstruktur. Daher wurde beschlossen, das Verfahren zunächst an einer Pilotfläche im Echtbetrieb zu testen. Erst nach einer positiven Bewertung der Sanierungsergebnisse der Pilotfläche sollte das gesamte Sanierungsgebiet in Angriff genommen werden.

Am **14. Februar 2012** erhielt die Stadt Oberursel (Taunus) den Sanierungsbescheid des RP Darmstadt für die Bodensanierung, in dem u.a. auch die zulässigen Emissionswerte und ein Schadstoffmonitoring geregelt sind.

Kontinuierliche Information von Öffentlichkeit und Gremien:

Vor Beginn der Arbeiten wurden **im Januar 2012** die betroffenen Anwohner über die geplante Sanierung informiert, zunächst mit einem Vortrag, im **Mai 2012** zusätzlich über den bevorstehenden Maßnahmenbeginn. Daneben erfolgte die Information der Öffentlichkeit über die Presse, u.a. auch bei Terminen auf der Baustelle. Den gesamten Verfahrensverlauf begleitend wurden die städtischen Gremien unterrichtet.

Umfängliche Überwachungs- und Schutzmaßnahmen während der Sanierungsarbeiten:

Mit den Sanierungsarbeiten wurde im **Mai 2012** begonnen. Gleichzeitig wurde durch ein Mess- und Untersuchungsprogramm während der verschiedenen Arbeitsschritte sichergestellt, dass

- Veränderungen der Messwerte rechtzeitig erkannt wurden,
- Handlungsoptionen bei Überschreiten festgelegter Grenzwerte (z.B. externe Unterbringung bei einer längeren Überschreitung des Messwertes LHKW > 100) definiert waren und
- neben einem ausreichend dimensionierten Untersuchungsraum auch den Wünschen Einzelner, die durchaus auch im weiteren Umfeld des Untersuchungsgebiets leben konnten, Rechnung getragen wurde. Gleichzeitig wurde – entgegen der Aussagen im Dossier des BUND – alle Messergebnisse z.B. den Ärzten, die für die Behandlung eines erkrankten Kindes verantwortlich waren – zur Verfügung gestellt
- parallel durch ein entsprechendes medizinisches Betreuungsangebot auch die subjektiv bei den Bewohnern mglw. vorhandene Angst vor negativen gesundheitlichen Auswirkungen einer LHKW- Belastung ausgeräumt werden konnte.

Dabei war der Stadt wichtig, dass diese Arbeiten von qualifizierten Fachleuten wie z.B. dem Umweltinstitut der Universität Gießen (Prof. Dr. Eikmann) und der Firma CAU durchgeführt wurden.

Behauptungen des BUND-Hochtaunus nachweislich falsch:

Parallel lief eine engmaschige Überwachung der auf der Baustelle laufenden Arbeiten. Grundlage für die sachgerechte Baustellenüberwachung bildet das Sanierungskonzept sowie die einzelnen – an die Sanierungsbeteiligten erteilten – Aufträge. Mit Dr. Hug-Geoconsult wurde eine Firma mit kompetenten Beschäftigten engagiert, deren Aufgaben u.a. darin bestanden, dass die Arbeiten entsprechend dem erteilten Auftrag umgesetzt wurden. So wurde z.B.

- entgegen der Behauptung im Dossier des BUND die kontaminierte Erde bis zu einer Tiefe **von einem Meter** (nicht: 0,3 m) ausgekoffert und **ordnungsgemäß** in der Bodenreinigungsanlage Umweltschutz West GmbH, Rhein-Main Deponiepark, Flörsheim-Wicker **entsorgt**. Dazu war im Übrigen der komplette Arbeitsbereich „eingehaust“; die Abluft wurde über Aktivkohlefilter gereinigt. Durchgeführte Umluftmessungen ergaben keine auffälligen Werte;
- vor Ort regelmäßig auf eine Einhaltung der vertraglich vereinbarten Arbeitssicherheitsmaßnahmen durch die Beschäftigten der beauftragten Bohrfirma gedrungen wurde; gerade weil diese nicht immer sichergestellt waren,
- durch Kontrolle der Arbeitsergebnisse ein regelgerechter Ablauf des DLI-Verfahrens sichergestellt wurde; dies führte zum Beispiel zu „Nachbohrungen“ einzelner Brunnen, um eine 100% Funktionalität zu gewährleisten, auch wenn dies zu Zeitverzögerungen führte; aber: Sicherheit ging hier vor Schnelligkeit. Dadurch konnte gewährleistet werden, dass der eingetragene Dampf auch wieder vollständig dem Boden entzogen und über Aktivkohlefilter gereinigt wurde, so dass es zu keiner Verunreinigung des Grundwassers gekommen ist;
- auf die Vorlage der noch fehlenden Entsorgungsnachweise für die „Bohrerde“ geachtet wurde; hier ist der Unternehmer trotz mehrfacher Aufforderung seinen vertraglichen Pflichten noch nicht nachgekommen;
- ein kompetenter Ansprechpartner vor Ort für Bewohner und Anwohner zur Verfügung standen und stehen und von diesen auch in dieser Funktion sehr positiv wahrgenommen wurden, wie die uns vorliegenden Rückmeldungen zeigen.

Die auf den Bodenabtrag folgende Bohrkampagne zog sich - aufgrund der Bodenbeschaffenheit und der oben genannten Schwierigkeiten - länger hin als geplant. Ursprünglich sollten die Arbeiten im Oktober 2012 abgeschlossen sein. Im Zuge der Bauabnahme stellte sich jedoch heraus, dass bei einzelnen

Bohrungen Nacharbeiten notwendig wurden, die sich bis April 2013 hinzogen. Der an die Firma erteilte Auftrag und die Auftragseinweisung beinhalteten selbstverständlich auch die Gewährleistung der Arbeitssicherheit auf der Baustelle und für die dort eingesetzten Arbeitskräfte. Im Zuge der Bauüberwachung und der Auftragsabnahme wurden dem Auftragnehmer verschiedene Auflagen (u.a. wegen fehlender Entsorgungsnachweise für das Bohrgut) gemacht. Aktuell ist der Maßnahmenabschluss noch nicht festgestellt.

Im Januar 2013 wurde der Betrieb der Sanierungsanlage aufgenommen und im Mai 2013 konnte mit dem Pilotbetrieb der DLI begonnen werden - die eigentliche Sanierungsphase startete im Dezember 2013. Dieser vorausgegangen war die wissenschaftliche Bewertung des Pilotprojekts durch VEGAS, Versuchseinrichtung zur Grundwasser- und Altlastensanierung der Universität Stuttgart, in Verbindung mit Dr. Hug-Geoconsult, die zu dem Ergebnis kam, dass aufgrund der positiven Sanierungsergebnisse auf dem Pilotfeld die Durchführung der eigentlichen Sanierung mit der DLI empfohlen werden kann.

Aktiver Schutz und Dialog mit Bewohnern und Anliegern:

Entsprechend des Sanierungsbescheides des Regierungspräsidiums sind Lärm- und Emissionswerte auf der Baustelle einzuhalten. Zusätzlich werden während der Arbeiten die Schadstoffwerte auf der Baustelle und in den angrenzenden Häusern / Räumen überwacht und auf Veränderungen in angemessener Form reagiert.

So wird in einem Gebäude die Raumluft bereits seit März 2007 über Aktivkohlefilterung gereinigt, in einem anderem wurde vor Beginn der Pilotsanierung, nachdem dort in einem Raum während der Bohrarbeiten erhöhte LHKW-Werte gemessen wurden, mit der Raumluftreinigung begonnen.

Nach Diskussionen um die tatsächliche Schadstofffracht wurde zudem den Anwohnern – in Absprache mit dem Gesundheitsamt des Hochtaunuskreises und dem Umweltmedizinischen Institut der Universität Gießen – angeboten, ein Gesundheitsmonitoring durchführen zu lassen. Diese Möglichkeit haben fünf Personen genutzt.

Zudem fanden im Umkreis der Maßnahmenfläche Raumluftmessungen statt.

Alle in diesem Zusammenhang erhobenen Messungen wurden den Beteiligten zur Verfügung gestellt.

Der Sanierungsbescheid sieht vor, die DLI so auszubauen, dass das Grundwasser unter dem Grundstück mit erfasst und gereinigt werden kann.

Die Behauptung des BUND, das Grundwasser würde zusätzlich mit 6 g LHKW je Tag kontaminiert, ist falsch. Das anfallende Kondensat wird über Pumpen gefördert und über Aktivkohle gereinigt. Der Gesamtaustrag aus dem Boden beträgt aktuell täglich rund 2 kg LHKW.

Die ingenieurtechnische Begleitung, die bisher vom Oberurseler Unternehmen Dr. Hug-Geoconsult GmbH durchgeführt wurde, ist nach Abschluss des Pilotbetriebes an die HPC AG, Kriftel übergegangen. Die leitende Geowissenschaftlerin konnte – u.a. wegen der vorhandenen Vor- und Sachkenntnisse – für die weitere Projektbegleitung gewonnen werden.

Die nachhaltige Entfernung der Schadstoffe zum Schutz der Anwohner, des Bodens und des Grundwassers stehen im Mittelpunkt des Handelns der Stadt. Der Maßnahmenabschluss ist für Ende 2014 vorgesehen. Eine genaue Abschätzung wird jedoch erst erfolgen können, wenn die zu entsorgenden Mengen verlässlich berechnet werden können. Hier hat sich im Verlauf der Sanierung herausgestellt, dass die Kontamination in einzelnen Bereichen sehr unterschiedlich ist. Dies erschwert naturgemäß die Berechnung einer Schadstoffbelastung. Daher wurde auf Basis einer neuen Hochrechnung, in die die aktuell festgestellten hohen Belastungen einer Teilfläche eingeflossen sind, die Gesamtschadstoffmenge auf bis zu 8 t geschätzt. Allein im Pilotversuch konnten bislang 600 kg LHKW ausgetragen werden (ursprünglich war die Gesamtmenge auf dem Grundstück in dieser Größenordnung geschätzt worden).